

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 39 / 58. Jahrgang, Montag, 29. Oktober 2007

Ausgabe B
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6659
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Erfolg mit IT-Neuausrichtung

Minister Bruch zieht positive Bilanz der Maßnahmen im Land



Erwartungen übertroffen: Neben Geld auch Bürokratie gespart. Bild: ism

Eine positive Bilanz der Neuausrichtung und Konsolidierung des rheinland-pfälzischen IT-Managements in den vergangenen Jahren hat Innenminister Karl Peter Bruch in Mainz gezogen. Die Gründung des Landesbetriebs Daten und Information (LDI) 2003 sowie der Zentralstelle für IT-Management, Multimedia, eGovernment, Verwaltungsmodernisierung und Multimedia 2006 und die damit einhergehende Bündelung und Zentralisierung von IT-Know-how hätten „die Erwartungen weit übertroffen“. Nicht nur Geld, sondern auch Zeit und Bürokratie würden damit gespart.

Darüber hinaus, so Bruch, habe sich die Zentralstelle mit ihrem klaren Konsolidierungskurs bundesweit Respekt verschafft und den guten Ruf, den die Landesregierung in Fachkreisen seit langem beim Thema eGovernment und IT-Management genieße, weiter verbessert. Der Name Rheinland-Pfalz sei inzwischen eng verknüpft mit dem Image einer innovativen und engagierten Verwaltung, die den Strukturwandel, der mit der verstärkten Integration von Online-Verfahren in die Verwaltungsarbeit einhergehe, positiv in Angriff nehme.

Mit den zu erwartenden Einsparungen will das Land bei der Bündelung seiner Informationstechnologie die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern am Computer fördern. Dabei seien beim Projekt „Medienkompetenz macht Schule“ zunächst an zehn Modellschulen neue technische Ausstattung und andere Leistungen, wie etwa Computer-Weiterbildung für Lehrer, geplant. Später soll die Zahl dieser

Schulen auf 200 steigen. Mittlerweile senkten allein zwei zentrale Landeslizenzverträge mit Anbietern von Standard-Software die Ausgaben jährlich um mehr als eine Million Euro. Zudem würden mit einem Rahmenvertrag für die gesamte Landesverwaltung beim Kauf von Computern, Bildschirmen, Druckern und anderer Hardware wegen der größeren Marktmacht in diesem und im nächsten Jahr insgesamt drei Millionen Euro eingespart.

Bruch und der Leiter der Zentralstelle, Ministerialdirektor Jürgen Häfner (r.), sowie LDI-Geschäftsführer Matthias Bongarth nannten mehrere Beispiele für Erleichterungen, die die moderne Computertechnik der Verwaltungen des Rheinland-Pfalzern bieten. So machten beispielsweise inzwischen etwa das Elektronische Handelsregister, die Online-Gewerbeanmeldungen, das Elektronische Grundbuch und das Geoportale im Internet (Bebauungspläne, Baulandpreise) viele Behördengänge überflüssig.

Der Minister räumte ein, dass es in der Landesverwaltung anfangs Skepsis gegenüber der Zentralstelle für IT und Multimedia gegeben habe. Diese sei aber mittlerweile zunehmender Akzeptanz gewichen. Entscheidend dafür sei der Ansatz, Zentralisierung vor allem als Dienstleistung zu verstehen. Durch die Bündelung und Zentralisierung von IT-Know-how könnten Zukunftweisende Projekte und Technologien im Sinne und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden, machte Bruch deutlich.

Das Land stiftet einen neuen Kabarettpreis

Das Land Rheinland-Pfalz hat einen neuen Ehrenpreis für das Lebenswerk einer Kabarettistin oder eines Kabarettisten gestiftet. Der Vorstand der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur hatte in seiner jüngsten Sitzung unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck entschieden, den Preis aus Stiftungsmitteln mit 5000 Euro zu dotieren. Überreicht werden soll der neue Kabarettpreis im Rahmen des jährlich vom Mainzer Forum-Theater „unterhaus“ verliehenen Deutschen Kleinkunstpreises am 10. Februar 2008.

Das „unterhaus“ in Mainz ist eine der ältesten und renommiertesten Stätten der Kabarett- und Kleinkunstszene“, sagte Beck. Der seit 1972 verliehene Deutsche Kleinkunstpreis, der in den Sparten Kabarett, Chanson/Lied/Musik und Kleinkunst vergeben wird, sei die bekannteste Auszeichnung auf diesem Gebiet. „Das Land will eine außergewöhnliche Persönlichkeit aus dem deutschsprachigen Raum würdigen, die durch ihr kabarettistisches Gesamtwerk herausragende Verdienste erworben hat“, so Beck. „Wir unterstreichen damit unsere besondere Wertschätzung für die Kleinkunst“, ergänzte die Vorsitzende des Kuratoriums der Kulturstiftung, Kulturministerin Doris Ahnen.

Kultursommer-Saison startet 2009 in Worms

Die Kultursommer-Eröffnung 2009 wird in Worms stattfinden, teilten Kulturministerin Doris Ahnen, die auch Vorsitzende des Kultursommers Rheinland-Pfalz e.V. ist, und der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel in Mainz mit. Mit dem „großen Kulturfest für die ganze Familie“ wird traditionell am ersten Maiwochenende die Kultursommer-Saison eröffnet.

Während der Kultursommer 2008, dessen Eröffnung am 10. und 11. Mai in Bad Hönningen stattfand, mit „Arbeitswelten - Lebenswelten“ unter einem thematisch orientierten Motto steht, ist für 2009 wieder ein Ländermotto vorgesehen: es wird um Großbritannien gehen. „Zahlreiche historische und aktuelle Bezüge zu Großbritannien machen Worms zur idealen Stadt für dieses Motto“, so Kissel.

Mit Kultur-Großveranstaltungen habe Worms Erfahrung, wie das Festival 'Jazz and Joy' oder die 'Nibelungenfestspiele' eindrucksvoll bewiesen, betonte Ahnen. Das Kulturfest zur Eröffnung ist immer auch ein Schaufenster des Kultursommers Rheinland-Pfalz, der alljährlich weit über 200 Projekte aus allen Kultursparten im ganzen Land vorstellt.

Weitere Informationen zum Kultursommer Rheinland-Pfalz finden sich unter www.kultursommer.de.

Qualifizierte Beratung für den Mittelstand

Neues Weiterbildungsangebot an Universität Mainz – Hering: Mehr Marktchancen für Betriebe

Unternehmensberatung wird gerade für kleine und mittlere Unternehmen immer wichtiger. Dabei gibt es große Unterschiede in der Leistung der Berater. Mit der Qualifizierung zur Mittelstandsberatung setzen das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (ZWW) und das Europäische Mittelstandszentrum Kaiserslautern e.V. ein Zeichen. Wirtschaftsminister Hendrik Hering stellte das von seinem Haus in der Entwicklung mit 80 000 Euro geförderte Angebot, das diesen Bedarf aufgreift, in Mainz vor.

„Gute Beratung bedeutet bessere Marktchancen für Unternehmen. Wir sind zuversichtlich, dass das Weiterbildungsangebot viele Interessenten finden wird“, so der Minister. „Alte Hasen“ können sich ihre Qualität durch das Zertifikat bestätigen lassen. Einsteiger können je nach Bedarf Wissen erwerben. Hering dankte dem Mittelstandslotsen der Landesregierung, Günther Knödler, für die Begleitung des Projekts. Seine Kenntnisse kleiner und mittlerer Unternehmen im Land sei besonders wichtig für die Entwicklung des Programms gewesen.

Wissenschaftliche Weiterbildung versteht die Mainzer Universität als eine Kernaufgabe ihres bildungspolitischen Auftrags. „Unser Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung baut daher sein Angebot konsequent aus, legt hohe Maßstäbe an seine Programme und nutzt dabei die Potenziale der Universität“, erklärt der Präsident der Universität, Prof. Dr. Georg Krausch. Mit dem neuen Weiterbildungsprogramm werde eine Marktlücke geschlossen sowie den Beraterinnen und Beratern mit dem Zertifikat ein Doku-



Minister Hering mit den Autoren des Weiterbildungsprojekts. Bild: Sämmmer

ment an die Hand gegeben, das ihre Eignung und Erfahrung dokumentiere. Denn trotz wachsender Herausforderungen seien die mittelständischen Unternehmen bei der Wahrnehmung von Beratungsangeboten immer noch zurückhaltend. Das Zertifikat biete Unternehmen die Sicherheit qualitätsgeprüfter Beratung, so der Präsident.

Das Programm richtet sich an Berater/innen mit langjähriger Beratungserfahrung, an Personen mit Kompetenzen in Teilbereichen der Mittelstandsberatung sowie an Interessierte ohne Beratungserfahrung,

die aber Mittelstandsberatung als Berufsziel verfolgen. Der Kurs kann berufsbegleitend belegt werden und dauert ein Jahr. Die mit renommierten Dozentinnen und Dozenten aus Wissenschaft und Wirtschaft erarbeiteten methodischen und fachlichen Kompetenzen werden in dem Zertifikat „Mittelstandsberatung“ dokumentiert, mit dem die Weiterbildung abschließt.

Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung und das Europäische Mittelstandszentrum e.V., die den Wei-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 3

Ausbildungssituation verbessert

Beck: Unterstützung für Jugendliche mit Startschwierigkeiten

„Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Dennoch bleibt es eine wichtige Aufgabe der Landesregierung, Jugendliche zu unterstützen, die nicht ohne weiteres einen Ausbildungsplatz finden“, fasst Ministerpräsident Kurt Beck die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Rheinland-Pfalz zusammen. Dass zum 30. September mehr Jugendliche in Ausbildung gekommen sind als in den Vorjahren, hängt mit der guten Konjunktur zusammen. „Es ist aber auch eine Leistung aller Verantwortlichen auf dem Ausbildungsmarkt. Die Landesregierung wird weiter ihren Beitrag dazu leisten“, kündigte Beck an. Er traf sich mit Arbeitsministerin Malu Dreyer, Wirtschaftsminister Hendrik Hering und Bildungs-Staatssekretärin Vera Reiß in Mainz zur „Ministerrunde Ausbildung“.

Das Land wird seine Ausbildungsleistungen auf hohem Niveau fortsetzen und die Zahl neuer Ausbildungsplätze jährlich steigern. Bei den Auswahlgesprächen soll verstärkt darauf geachtet werden, auch Jugendliche mit Migrationshintergrund im Landesdienst auszubilden. Das Arbeitsministerium hat zum neuen Ausbildungsjahr zwei junge Frauen mit deutsch-türkischem und serbisch-montenegrinischem Hintergrund eingestellt. „Für den öffentlichen Dienst muss es selbstverständlich werden, dass nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ihre Eltern in Deutschland geboren sind“, sagte Dreyer. Auch die Staatskanzlei und das Bildungsministerium haben seit August neue Auszubildende mit Migrationshintergrund.

Die Mitglieder der Landesregierung übernehmen auch in diesem Jahr Patenschaften für Jugendliche, die bis 30. September keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Sie tragen so persönlich dazu bei, dass Jugendliche eine Chance auf Ausbildung erhalten.

Im Rahmen der Vereinbarung „Rheinland-Pfalz für Ausbildung 2007-2010“ hat sich die Landesregierung verpflichtet, alle erfolgreichen Maßnahmen fortzuführen und neue Schwerpunkte zu setzen. Zu den Schuljahresbeginn bewilligten Standorten für Schulsozialarbeit kommen 42 weitere hinzu. Mit dem Rahmenplan „Deutsch als Zweitsprache“ für

alle Schularten wird die Sprachförderung intensiviert. Beck und Reiß begrüßten besonders, dass die Zahl der Schulabbrecher unter den Bewerbern zurückgeht: Drei Prozent der Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber sind ohne Schulabschluss, rund 16 Prozent weniger als 2006. „Wir werden unsere Anstrengungen weiter intensivieren“, kündigte Reiß an. Das Arbeitsministerium fördert weiter Maßnahmen zum Nachholen des Schulabschlusses.

Die Arbeitsmarktinitiative der Landesregierung „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“ wird fortgeführt. Damit werden derzeit 1440 Ausbildungsplätze gefördert und 420 Projekte initiiert, für über 2700 Jugendliche werden Plätze in Qualifizierungsmaßnahmen eingerichtet und 1600 Eltern oder andere Multiplikatoren für die Unterstützung Jugendlicher vorbereitet. „Wir wollen diese Projekte orientiert an Zielgruppen und den individuellen Problemlagen der Jugendlichen weiterführen. Dabei nehmen wir die Altbewerberinnen und Altbewerber besonders in den Blick“, sagte Dreyer.

Um die Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen, führt das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Initiative „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“ die Programme für Ausbildungsplatzdarlehen, zur Förderung der Verbundausbildung und der Ausbildungsstellenakquisiteure fort. „Gerade für kleinere und mittlere Betriebe ist die Förderung von Ausbildungsverbänden ein interessantes Angebot der Nachwuchssicherung“, so Hering. Im letzten Jahr seien 129 Ausbildungsplätze auf diesem Weg entstanden. Mit dem zinsvergünstigten Ausbildungsplatzdarlehen wurden im vergangenen Jahr 385 Ausbildungsplätze geschaffen oder erhalten. Die 18 Ausbildungsstellenakquisiteure, die das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern finanziert, haben 2007 schon 1000 neue Ausbildungsplätze gewonnen.

Beck: „Ich bin sicher, dass in der Nachvermittlungssaktion in den kommenden Wochen jedem Jugendlichen ein Angebot gemacht werden kann, der am 30. September noch keinen Ausbildungsplatz hatte.“

Der Bundespräsident besucht die Westpfalz

Zu einem offiziellen Besuch kommt Bundespräsident Horst Köhler am 7. November nach Rheinland-Pfalz. Gemeinsam mit Ehefrau Eva Luise besucht er die Westpfalz und nimmt Termine in Zweibrücken, im Kreis Kusel und in der Stadt Kaiserslautern wahr. Das Programm steht auf seinem Wunsch unter dem Thema „Miteinander der Generationen“.

Ministerpräsident Beck begrüßt das Ehepaar Köhler am Flughafen Zweibrücken. Im Anschluss trifft der Bundespräsident im Herzoglichen Schloss die Stadtpitze und trägt sich ins Goldene Buch ein. Gegen 10.10 Uhr können die Bürgerinnen und Bürger mit ihm bei einem kurzen Rundgang durch die Fußgängerzone ins Gespräch kommen. Im Helmholtz-Gymnasium informiert sich Köhler über generationenübergreifende Projekte in der Stadt. Die Protestantische Kindertagesstätte stellt ein Projekt, der Seniorenbeirat seine Sicherheitsberatung und die Senioren-Wohnungsbehörde vor. Außerdem werden Köhler Bestände aus der Bibliotheca Bipontina präsentiert.

Dann fährt das Ehepaar Köhler mit Ministerpräsident Beck nach Waldmohr, wo das Interkulturelle Kompetenzzentrum Kusel seine Integrationsarbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten aus Osteuropa vorstellt.

In Kaiserslautern stellen die Caritas und die Freiwilligenagentur in der Begegnungsstätte „Marienheim“ generationenübergreifende Vorhaben vor. Zum Abschluss besucht der Bundespräsident das Fraunhofer-Institut IESÉ.

Zahl der Woche

Umsätze von knapp 50,3 Milliarden Euro erzielten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe von Januar bis August 2007. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems ist dies ein Zuwachs von 10,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bundesweit beliefen sich die Industrieumsätze auf mehr als 1036 Milliarden Euro (plus 8,2 Prozent). Der Auslandsumsatz stieg in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz um 12,7 Prozent, bundesweit um 10,8 Prozent. Die Inlandsumsätze legten im Land um 9,2 und deutschlandweit um 6,1 Prozent zu.

Gemeinsames Konzept für die Zukunft entwickelt

Dreyer: Mit Partnern hausärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz flächendeckend stärken

Mit einem Maßnahmenbündel will das Gesundheitsministerium gemeinsam mit seinen Partnern die hausärztliche Versorgung vor allem in ländlichen Gebieten stärken und so die flächendeckende Versorgung auch künftig sicherstellen. Ministerin Malu Dreyer stellte das gemeinsame Konzept mit dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, Sanitätsrat Dr. Günter Gerhardt, dem Präsidenten der Landesärztekammer, Prof. Dr. Frieder Hessenauer, und dem Vorsitzenden des Deutschen Hausärzteverbandes, Landesverband Rheinland-Pfalz, Dr.

Burkhard Zwerenz in Mainz vor.

Die Partner seien sich einig, so Dreyer, dass Rheinland-Pfalz über eine gute ärztliche Versorgung im stationären und ambulanten Sektor verfüge. Dennoch werde es in einigen ländlichen Regionen schwieriger, frei werdende Arztstühle rasch wieder zu besetzen. Oberstes Ziel sei es daher, junge Medizinerinnen und Mediziner für eine hausärztliche Tätigkeit zu gewinnen, sagte die Ministerin.

Das Konzept sieht unter anderem vor, mit einer Image- und Informationskampagne verstärkt bei Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern,

Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung und Studierenden der Medizin für die Hausarztstätigkeit zu werben.

Das Konzept sieht auch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Außerdem sollen die Wiedereinstiegs-kurse in die vertragsärztliche Tätigkeit weiter entwickelt werden. Bei Fortbildungsangeboten soll Kinderbetreuung erfolgen.

Ein Frühwarnsystem soll künftig dafür sorgen, dass die Nachbesetzung bald frei werdender Arztstühle planvoller und früher erfolgen kann als bisher. Eine internetbasierte Praxisbörse soll hinzu treten. Neue flexible Möglichkeiten der Berufsausübung sollen offensiv genutzt werden.

Persönliche Ansprechpartner der Kassenärztlichen Vereinigung werden die Ärztinnen und Ärzte künftig in der Einstiegsphase eng begleiten. Bereitschaftsdienstzentralen sollen an Krankenhäusern weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsberufen intensiviert werden.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz plant ein verändertes Auswahlverfahren, bei dem Studienplätze auch aufgrund hoher Motivation und Eignung für eine medizinische Tätigkeit vergeben werden. Der Fachbereich Medizin wird das Studium noch praxisnäher gestalten, die Kassenärztliche Vereinigung richtet eine Famulaturbörse auf ihrer Internetseite ein.

Einvernehmen besteht darüber, dass eine angemessene Honorierung für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität ihres Berufs ist.



Ministerin präsentiert den konkreten Maßnahmenkatalog vor. Bild: Wolf

Informationen über die Gesundheit im Internet

Moderne und flexible Gesundheitsberichterstattung in Rheinland-Pfalz vorgestellt

Einen schnellen und aktuellen Überblick über die gesundheitliche Situation und Versorgung der Bevölkerung im Land bietet die Gesundheitsberichterstattung, die nun auch im Internet verfügbar ist. Gesundheitsministerin Malu Dreyer und der Präsident des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres, stellten das neue Angebot in Mainz vor. Es umfasst Informationen zur Bevölkerungsstruktur, zum Gesundheitszustand der Menschen, zu Einrichtungen und Beschäftigten im Gesundheitswesen und zur Inanspruchnahme von Leistungen und sei damit auch eine wichtige Grundlage für die Gesundheitspolitik des Landes, so die Ministerin. Ein weiterer Vorteil sei, dass durch den Einsatz des modernen und flexiblen Landesinformationssystems LIS viele Daten auch auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte angeboten werden können und alle Ergebnisse erst zum Zeitpunkt des Abrufs mit den aktuellsten Zahlen erstellt werden. Bisher wurden Gesundheitsberichte turnusmäßig als Publikation herausgegeben.

Eine Hauptaufgabe der Gesundheitsberichterstattung bestehe darin,

Informationen über die gesundheitliche Situation und Versorgung der Bevölke-



Neues Angebot: Informationen jetzt auf einen Blick. Bild: Sämmmer

zung zusammenzuführen und aufzubereiten, so Dreyer. Anhand von Indikatoren könnten verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens, wie Bevölkerungsdaten, Gesundheitszustand der Bevölkerung, medizinische Einrichtungen, Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens, dargestellt werden. Datenquellen für die Gesundheitsindikatoren sind Angaben aus Statistiken, wie etwa dem Krebsregister Rheinland-Pfalz. Ein Schwerpunkt sei die Analyse spezieller Versorgungsbereiche. Mit mehreren Beispielen stellte Dreyer den Nutzen des neuen Systems dar.

Die Gesundheitsberichterstattung im Internet speise sich direkt aus dem LIS, der Datenbank des Statistischen Landesamtes, sagte Berres. Sie stehe damit auf derselben Plattform wie die Online-Datenbank und „Meine Heimat“, die seit gut zwei Jahren wichtige Bestandteile des Internetauftritts des Landesamtes seien. Die Daten könnten als Tabellen, Grafiken und Karten dargestellt werden. Da das Angebot auf dem LIS basiere, lasse es sich rasch aktualisieren und ergänzen. Eine schrittweise Erweiterung der Datenbank sei geplant.

Ein deutsches Bildgedächtnis

Landesvertretung zeigt Lebenswerk Erika Sulzer-Kleinemeiers



Staatssekretär Klär im Gespräch mit der Künstlerin.

Bild: LV

Fotografien sind im Idealfall angehaltene Zeit. Wenn dies über vierzig Jahre eintritt wie im Werk Erika Sulzer-Kleinemeiers, dann ist es allemal eine Fotoausstellung wert. Zu sehen ist die Ausstellung „Erika Sulzer-Kleinemeier: Fotografien 1967 bis 2003“ in der Reihe „Fotolegenden“ bis 11. November in der Berliner Landesvertretung.

Mehr als 60 Bilder aus 37 Jahren Fotojournalismus erwarten die Besucher, von der Beerdigung Konrad Adenauers über die Anfänge der Friedensbewegung bis hin zu den Golfkrieg-Protesten: ein Bildgedächtnis

Deutschlands. Natürlich finden sich auch Aufnahmen vom Mauerfall und aus der DDR.

Abbilder der Mächtigen der Politik kontrastieren immer wieder mit engagierten Fotos des demokratischen Widerstands. Hier liege die große Leistung Sulzer-Kleinemeiers, so der Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, Staatssekretär Karl-Heinz Klär. Sie zeige, „dass Politik zwar Mächtigen kennt, ein einiges Volk aber auch eine große Macht sein kann.“ Die Landesvertretung sei stolz, diese großartige Fotografin zu präsentieren, die seit Jahren in der Pfalz lebe.

Qualifizierte Beratung für den Mittelstand

Fortsetzung von Seite 1

terbildungsgang und das Zertifikat gemeinsam mit dem Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und der Organisationsentwicklung Prof. Dr. Ryschka entwickelt haben, legen größten Wert auf praktische Schwerpunkte. Der Vorstandsvorsitzende des Europäischen Mittelstandszentrums, Michael Schnorr, erläuterte, dass in Praxistransfers die Inhalte der Lernmodule vertieft und angewandt würden. In betreuten Praxisprojekten werde Beratungserfahrung gesammelt. So würden neben den rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen mittelständischer Unternehmen auch deren strategisches Management, Produktions- und Informationsmanagement sowie Grundlagen der Beratung und Handwerkszeug des gesamten Beratungsprozess vermittelt.

Die einzelnen Module des Weiterbildungsgangs können bei Bedarf auch separat belegt werden. Berater, die über einschlägige Erfahrung verfügen, können sich vor Beginn des Kurses auch ohne Belegung prüfen und zertifizieren lassen. Anmelde-schluss für die direkte Zertifizierung, die modulare Weiterbildung und den gesamten Weiterbildungsgang ist der 17. Dezember 2007.

Weitere Informationen: Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes-Gutenberg-Universität, Tel. 06131/39-24241, Fax 06131/39-24714, E-Mail: mittelstandsberatung@verwaltung.uni-mainz.de, Homepage: www.mittelstandsberatung.uni-mainz.de oder: www.mittelstandsberatung.com.

Themen Energie und Umwelt

Gemeinsame Sitzung des Ministerrats mit dem BASF-Vorstand



Treffen zum jährlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Bild: Wolf

Zu einer gemeinsamen Sitzung trafen sich der Ministerrat und der Gesamtvorstand der BASF Aktiengesellschaft im Gästehaus der Landesregierung in Mainz. Dabei standen wirtschafts-, energie-, umwelt- und sozialpolitische Themen auf der Tagesordnung.

Ein Schwerpunkt des jährlichen Meinungs- und Erfahrungsaustauschs war die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft bei energie- und umweltpolitischen Themen. „Die BASF entwickelt und vermarktet zahlreiche Produkte die helfen, Energie und Ressourcen zu sparen sowie Treibhausgase zu vermeiden. Damit können wir maßgeblich dazu beitragen, dass die Energiestrategien zum Klimaschutz auf Landes- und Bundesebene erreicht werden“, sagte Dr. Jürgen Hambrecht, Vorstandsvorsitzender der BASF. Schon im Sommer hatte die Landesregierung die energiepolitischen Ziele und die dafür notwendigen Strategien vorgestellt. Dazu Ministerpräsident Kurt Beck: „Wir können in der Klima- und Energiepolitik langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, das Klima zu schützen

und gleichzeitig die Energieversorgung zu sichern, Energiekosten zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können.“ Rheinland-pfälzische Unternehmen seien mit Technik und Produkten auf dem Sektor Energieeinsparung, Effizienz und erneuerbare Energien erfolgreich.

Darüber hinaus wurden neben der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auch strukturpolitische Themen wie die weitere Entwicklung des Kombi-Terminals in Ludwigshafen oder die engere Zusammenarbeit der Häfen Ludwigshafen und Mannheim erörtert. BASF und Landesregierung stimmten darin überein, dass praktische Lösungen gefunden werden müssen, die ökologische und ökonomische Aspekte gleichrangig berücksichtigen.

An dem rund dreistündigen Gespräch nahmen alle Kabinettsmitglieder und die BASF-Vorstandsmitglieder sowie der Werksleiter des Verbandsstandorts Ludwigshafen teil. Das letzte gemeinsame Gespräch hatte im September 2006 stattgefunden.

Für Engagement in Kommunen

Freiherr vom Stein-Plakette an 84 Ehrenamtliche verliehen

Die Freiherr-vom-Stein-Plakette hat Innenminister Karl Peter Bruch in einer Feierstunde in der Stadthalle Nassau an 84 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus allen Kreisen und fast allen kreisfreien Städten des Landes überreicht. „Damit ehren wir besondere Leistungen von Frauen und Männern, die sie durch ihren langjährigen, zeitaufwändigen und engagierten Einsatz in einem kommunalpolitischen Ehrenamt erbracht haben“, so Bruch.

Seit 1954 stiftet das Innenministerium die Freiherr-vom-Stein-Plakette, die alle drei Jahren an Bürgerinnen und Bürger als Auszeichnung für ihr

kommunalpolitisches Engagement verliehen wird. Die diesjährige Verleihung steht im Zusammenhang mit dem 250. Geburtstag des Namensgebers und der Veröffentlichung seines berühmten Reformprogramms, der „Nassauer Denkschrift“ vor 200 Jahren. Auch heute noch sei Steins Überzeugung aktuell, dass eine positive Entwicklung von Staat und Gesellschaft ohne die aktive und konstruktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich ist, betonte der Minister. Somit sei der Name Stein besonders mit der Kommunalreform verbunden.

Bei der feierlichen Überreichung betonte Bruch: „Die Träger der Plakette nehmen auch gleichzeitig die Aufgabe an, Vorbild für junge Menschen zu sein, für die die demokratische Lebensform und die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland etwas Selbstverständliches geworden ist.“ Denn kommunale Selbstverwaltung lebe von verantwortungsvollen Bürgern und ihrem Engagement für ihre eigenen Angelegenheiten einzutreten und Verantwortung zu übernehmen. „Vorbilder müssen natürlich zunächst durch „Vorleben“ den Anreiz zum „Nachleben“ geben“, so der Minister weiter. Das verdienstvolle Wirken der Geehrten solle der jungen Generation als Beispiel dienen, dass für örtliche Gemeinschaften die bürgerliche Beteiligung am kommunalen Leben notwendig sei. Denn nur durch Handeln vor Ort könne man etwas erreichen. „Wenn wir diesen Zusammenhang vermitteln können, brauchen wir uns über die künftigen Kommunalpolitiker weniger Sorgen zu machen“, fügte Bruch hinzu.



Für herausragenden Einsatz: Freiherr vom Stein-Plakette. Bild: Rosenkranz

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Peter Kröll (Koordination), Walter Schumacher (verantwortlich).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortlich) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 061 31 / 16 46 88, Fax 061 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 061 31 / 16 47 53, Fax: 061 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

B U N D E S R A T

Rheinland-Pfalz will Sozialhilfeschuss für Schulmaterial

Drei Buchhüllen DIN A 4, zwei Bleistifte HB, ein Zirkel mit Feststellrad, vier Hefte Liniatur 9, ein Taschenrechner, und, und, und. Der Schuljahresbeginn ist die Hochzeit der Schreibwarengeschäfte und ein Anschlag auf Eltern-Geldbörsen. Weit über hundert Euro kommen je Kind übers Jahr gesehen selbst im Grundschulalter schnell zusammen, eine erhebliche Belastung gerade für jene Eltern, die den Lebensunterhalt für ihre Familie nicht selbst verdienen können. Im Jahr 2005 wurde die Sozialhilfe so umorganisiert, dass einmalige Zuschüsse für Anschaffungen äußerst selten geworden sind. Für Lernmittel der Kinder zum Beispiel gibt es keinen. Das muss geändert werden, findet Rheinland-Pfalz. Deswegen brachte das Land einen Gesetzentwurf zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in den Bundesrat ein.

Innenminister Karl Peter Bruch stellte den Entwurf vor. Er betonte: „Kinder, die in Armut aufwachsen, erleben soziale Ausgrenzung. Besonders gravierend sind die Auswirkungen von Armut im Hinblick auf die schulische Entwicklung von Kindern.“ Bruch betonte, die Ausgaben für Schulmaterialien lägen weit über dem, was die Regelsätze der Sozialhilfe abdecken könnten. „Darum hält Rheinland-Pfalz eine Ergänzung für unumgänglich. Sie ist ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur Chancengleichheit in Deutschland“, unterstrich der Minister.

Bruch erläuterte, wenn man (wie das Land Rheinland-Pfalz vorschlägt) zweimal im Jahr einen Zuschuss in Höhe von 20 Prozent des Regelsatzes für Schüler beschleife, dann entwickle sich der Betrag somit der Preisentwicklung folgend und müsse dem zu Folge nicht nachjustiert werden. Derzeit entspreche der 20-Prozent-Betrag je nach Alter eines Kindes 83 bis 111 Euro. Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf zur Beratung in die Ausschüsse.



Verabschiedet: Deubel und Bruch mit Präsident Ringstorff. Bild: Melde

Teure Volkszählung umstritten

Zensusvorbereitungsgesetz geht in den Vermittlungsausschuss

Volkszählungen haben eine lange Tradition (siehe die Weihnachtsgeschichte im Lukas-Evangelium) und sind für den Staat wichtige Planungsgrundlagen. In einem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetz schlägt die Bundesregierung für das Jahr 2011 die Vorbereitung eines neuen Zensus vor, diesmal soll es auch um Wohnungen und Gebäude gehen. Gezählt wird im eigentlichen Sinne nicht, vielmehr sollen amtliche Register (Melderegister, Bauunterlagen, Grundbücher usw.) abgeglichen und mit diesen Daten zu dem ein neues, bundesweites Adressen- und Gebäuderegister erstellt werden. Das klingt harmlos, bedeutet aber einen hohen Arbeits- und somit Kostenaufwand.

Allein für die Zensusvorbereitung sind nach dem Gesetz 176 Millionen Euro zu veranschlagen. Davon sollen die Länder den Löwenanteil, nämlich 137 Millionen Euro zahlen. Für die

Durchführung später rechnet alleine Rheinland-Pfalz mit weiteren Kosten in Höhe von 29 Millionen Euro, die das Land den ausführenden Städten und Gemeinden erstatten müsste.

Der Bundesrat hatte im Mai zum Gesetzentwurf Stellung genommen, im Bundestag waren aber nur einige Anregungen der Länder aufgegriffen worden. Die zeigten sich mit dem Ergebnis derart unzufrieden, dass sie die Anrufung des Vermittlungsausschusses beschlossen. Dort soll es unter anderem darum gehen, ob das Gesetz auch Einzelprüfungen zur Qualitätssicherung zulässt. Weiter fordern die Länder Finanzzuweisungen des Bundes, um die finanziellen Belastungen auszugleichen. Schließlich soll das Gesetz nach Ansicht der Länder ein verbindliches, einheitliches Vorgehen beim Zensus festschreiben, nur dann seien die Daten auch wirklich aussagekräftig.

Privatisierung bei der Bahn

Länder wollen Versorgung in der Fläche sicherstellen

Seine Auswirkungen wird im Wortsinne jede Bürgerin und jeder Bürger erfahren: Der Gesetzentwurf zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes. Dass mit einer Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG die Versorgung in der Fläche leiden könnte, ist die Sorge der Länder. Das kommt in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum Ausdruck.

Die umfasst mehr als 30 Ziffern und wurde mit breiter Mehrheit beschlossen. Zum einen formulieren die Länder verfassungsrechtliche Bedenken zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, denn die Auslegung des Grundgesetzes (Artikel 87 e beschreibt den Versorgungsauftrag des Bundes beim Schienenverkehr) ist immer ein höchst diffiziles Unterfangen. Zum anderen werden zahlreiche Änderungswünsche formuliert.

Ziel des Entwurfes der Bundesregierung ist die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Der Bund soll demnach die Mehrheit der DB-Anteile behalten und muss weiter die Eisen-

bahninfrastruktur gewährleisten. Hierzu gründet er als Alleininhaber ein Unternehmen, die EIU. Die Bahn überträgt für 15 Jahre ihre Anteile an der EIU auf den Bund, kann aber die Infrastrukturkosten in ihrer Bilanz ausweisen.

Vor Ablauf der Frist kann dann parlamentarisch entschieden werden, ob die gewählte Sicherheitsübertragung der EIU-Anteile fortgesetzt werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt verpflichtet sich der Bund, jährlich insgesamt 2,5 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen bereit zu stellen.

Soweit das Vorhaben. Die Länder wollen mit der Konstruktion der EIU auch Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes in der Fläche sicherstellen. Dazu fordern sie ein echtes Mitsprache- und Kontrollrecht bei der Verwendung der für Investitionen im Nahverkehrsbereich vorgesehenen Bundesmittel. Darüber hinaus sollten die Quoten für Investitionen beim Neu- und Ausbau und in den Bestand der Regionalnetze eindeutig festgelegt werden.

Kritik an Vorschlag zu Finanzverschiebungen

Sinkende Arbeitslosenzahlen haben den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit stärker entlastet als vorhersehbar. Daher schlägt die Bundesregierung vor, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,9 Prozent des Bruttolohnes zu ermäßigen.

In ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf äußern sich die Länder hierzu grundsätzlich positiv. Sie kritisieren aber die sozusagen im Kleingedruckten versteckten vorgeschlagenen Finanzverschiebungen. So will der Bund nicht mehr an die Bundesagentur zahlen, um Kindererziehungszeiten arbeitsloser Eltern rententechnisch berücksichtigen zu können. Zudem schlägt die Bundesregierung vor, den so genannten Aussteuerungsbeitrag abzuschaffen, den die Bundesagentur für jeden Erwerbslosen an den Bund zahlen muss, wenn der nach einem Jahr ins Arbeitslosengeld II rutscht. Stattdessen solle sich die Bundesagentur an der Hälfte der Kosten des Bundes, für Eingliederungshilfen und Verwaltung beteiligen.

Von Beust wird neuer Bundesratspräsident

Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust wird neuer Präsident des Bundesrates. Turnusgemäß wählte die Länderkammer von Beust für die neue Amtszeit vom 1. November 2007 bis Ende Oktober 2008. Sein Amtsvorgänger Harald Ringstorff, Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, und sein voraussichtlicher Amtsnachfolger 2008/9, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, wurden zu Vizepräsidenten gewählt.

Damit besteht das Präsidium des Bundesrates erstmals nur aus drei Mitgliedern, wie im Frühjahr in einer Geschäftsordnungsänderung beschlossen. Den Vorsitz und die Stellvertretung in der Europakammer nehmen von Beust, Ringstorff und für das Saarland Minister Karl Rauber wahr. Bei den Neuwahlen zu den Vorsitzenden der Bundesausschüsse wurde der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Hendrik Hering im Amt bestätigt. Er bleibt damit Vorsitzender des Agrarausschusses.

Beck mahnt faires Gespräch an

Keine Ländermehrheit für Gesetzentwurf zum Mindestlohn

Der erste Anlauf des Landes Rheinland-Pfalz, über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative zum bundesweiten Mindestlohn zu starten, hat keine Mehrheit gefunden. Ministerpräsident Kurt Beck hatte bereits die Weigerung der unionsgeführten Mehrheit im zuständigen Arbeits- und Sozialausschuss der Länderkammer kritisiert, zum rheinland-pfälzischen Entwurf eine Expertenanhörung einzuberufen. Dies habe im krassen Widerspruch zur Verabredung der letzten Bundsratsplenarsitzung gestanden, in der unter anderem Saarländers Ministerpräsident Müller ein faires Verfahren und einen kommunikativen Prozess zugesagt hatte.

Etwa 420 000 Vollzeitbeschäftigte erhalten zusätzlich zu ihrem Lohn Ergänzungszahlungen des Arbeitslosengeldes II. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind trotz eines sozialversicherungspflichtigen 40-Stunden-Jobs nicht mehr in der Lage, durch Arbeit ihre Existenz zu si-

chern. Das ist der gesellschaftliche Hintergrund der rheinland-pfälzischen Initiative, zu der sich das Land im Bundesrat eine sachliche Auseinandersetzung und Vorschläge zur Problemlösung erhofft hatte.

Eine Stellungnahme der Länderkammer in der gleichen Sitzung ließ erkennen, dass sich die unionsgeführten Länder Vereinbarungen zu Lohnuntergrenzen nicht völlig entziehen. Zum Gesetzentwurf einer zweiten Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes hatte der Bundesrat keine Einwendungen. Der Gesetzentwurf erklärt die im Tarifergebnis der Deutschen Post und der Gewerkschaft Verdi vereinbarte Lohnuntergrenze verbindlich für die gesamte Briefbranche. Mit dem Ende des Postmonopols am 1. Januar 2008 dürfen auch andere Firmen private Briefe unter 50 Gramm transportieren. Sie müssen aber nach der Entsendegesetzänderung einheitliche Mindestlöhne für die Zusteller zahlen.

Stiftung fördert Kulturvielfalt

Beck und Ahnen: 1,2 Millionen Euro für besondere Projekte

Zur Förderung von Kulturprojekten stellt die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur im Jahr 2008 rund 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Der Vorstand der Stiftung hat in seiner jüngsten Sitzung unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck in Mainz bereits seine Zustimmung für 18 Förderanträge gegeben. Zu den geförderten Projekten gehören unter anderem die Künstlermesse „Kunst direkt 2008“ in Mainz, eine Fotoausstellung im Landesmuseum Koblenz mit dem Titel „Bilder machen Leute“, ein Dokumentarfilmprojekt über „Hein & Oss“, die Herausgabe des vierten und abschließenden Bandes des Pfälzischen Burgenlexikons oder die Uraufführung der „Orpheus-Fantasien“ des Bachchor Mainz.

„Die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur ist eine der größten Kulturstiftungen in Deutschland“, sagte Beck. Sie habe es sich zur Aufgabe gemacht, besonders wertvolle Kulturgüter zu erwerben und zu sichern.

Ziel sei aber auch, möglichst viele Menschen am Kulturgeschehen zu beteiligen. „Überall in Rheinland-Pfalz sind Einrichtungen, Veranstaltungen und Projekte zu erleben, die es ohne die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur so nicht geben würde“, betonte der Ministerpräsident.

Die Stiftung unterhält die beiden Künstlerhäuser in Bad Ems und in Edenkoben, fördert den Kultursommer Rheinland-Pfalz und das Arp-Museum in Remagen institutionell und vergibt Stipendien an junge bildende Künstler. „Die Kulturstiftung ist in Rheinland-Pfalz zu einer wichtigen Institution geworden“, ergänzte die Vorsitzende des Stiftungskuratoriums, Kulturministerin Doris Ahnen. Mit ihrer Hilfe werde die kulturelle Vielfalt in Rheinland-Pfalz noch besser zur Geltung gebracht.

Weitere Informationen zur Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur gibt es unter www.kulturstiftung-rlp.de.

Beitragsfrei in Kindergärten

Zweite Phase der Standortkampagne des Landes gestartet



Ministerin Ahnen stellt Plakat zu Thematik neuer Phase vor. Bild: Sämmer

Den Startschuss zur zweiten Phase der Standortkampagne des Landes Rheinland-Pfalz – „Wir machen's einfach“ hat Bildungs- und Jugendministerin Doris Ahnen in Mainz gegeben. Gegenstand dieser zweiten Phase ist die Beitragsfreiheit in den rheinland-pfälzischen Kindergärten. Die Ministerin präsentierte das Plakat, das die Thematik der neuen

Phase der Standortkampagne begleitet. Als erstes Bundesland macht Rheinland-Pfalz den Kindergartenbesuch beitragsfrei. Bereits seit Anfang 2006 zahlen die Eltern für das letzte Kindergartenjahr keine Beiträge mehr. Bis zum Jahr 2010 übernimmt das Land stufenweise alle Elternbeiträge für Kinder ab dem Alter von zwei Jahren.

Mehr Jugendschutz bei Handys

Bundesweite Vereinbarung mit Mobilfunkunternehmen

Die führenden deutschen Mobilfunkunternehmen gehen gemeinsam gegen Gewalt- und Pornovideos auf den Handys von Kindern und Jugendlichen vor. Auf Initiative des Jugendministeriums unterzeichneten die Unternehmen dazu eine freiwillige Selbstverpflichtung, die Jugendstaatssekretärin Vera Reiß in Mainz vorstellte. Demnach sperren die Anbieter Debitel, E-Plus, Mobilcom, O2, Talkline, T-Mobile und Vodafone den Internetzugang von den Handys der Kinder und Jugendlichen aus, wenn die Eltern das wünschen. So könne verhindert werden, dass jugendgefährdende Inhalte heruntergeladen und verbreitet werden.

Darüber hinaus soll auch die direkte Datenübertragung von Handy zu Handy mit dem System Bluetooth für Minderjährige blockiert werden. Dann können diese beispielsweise auch keine selbstgedrehten Videos mehr tauschen. Ohne diese Sperren ist es Jugendlichen möglich, unter anderem

Gewaltvideos und pornografische Aufnahmen auf ihre Mobiltelefone zu laden und zu verschicken.

Diese bundesweite freiwillige Selbstverpflichtung ist das erste Ergebnis eines Runden Tisches, den Jugendministerin Doris Ahnen im Frühsommer 2006 für mehr Jugendschutz bei Handys ins Leben gerufen hatte. „Damit ist ein wichtiges Etappenziel erreicht. Weiterführende Maßnahmen befinden sich noch in einem dynamischen Prozess“, betonte die Staatssekretärin.

Gemeinsam mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia (FSM) wollen die Mobilfunkunternehmen auch den Gefahren bei der Handynutzung vorbeugen. Dabei werde besonderer Wert auf die Entwicklung eines besseren Beratungsangebots für Erziehungsberechtigte sowie für Kinder und Jugendliche gelegt. Die Anbieter wollen in den kommenden Monaten dazu kostenlose Telefonhotlines und Informationsportale im Internet einrichten.



Freiwillige Selbstverpflichtung in Mainz unterzeichnet. Bild: Sämmer



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deuschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 061 31 / 20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17

Klarheit für Weinbau-Studien CDU und FDP bemängeln noch viele offene Fragen

Das Vorgehen der Landesregierung in der Diskussion um die Einrichtung eines Studiengangs Weinbau wurde von der CDU-Fraktion kritisiert, es sei wenig durchdacht, weder der Bedarf noch die Kosten seien bisher geklärt.

Anfang 2007 sei die Idee entstanden, einen praktisch ausgelegten Weinbau-Studiengang in Ludwigshafen einzurichten. Im Frühjahr 2007 habe die Landesregierung im Landwirtschaftsausschuss auf Rückfrage angekündigt, dass offene Fragen geklärt würden. Da keine Antworten geliefert wurden, starteten die Abgeordneten Dorothea Schäfer, Christine Schneider und Alexander Licht eine Kleine Anfrage. Die jetzt eingetroffene Antwort ist aus CDU-Sicht unzureichend. Eine Bedarfsanalyse fehle. Die Frage, mit welchen Vertretern welcher Institutionen und Verbände es Gespräche gab und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben, sei ebenfalls nicht konkret beantwortet worden. Auch eine Kostendarstellung bleibe die Landesregierung weiterhin schuldig.

Die Landesregierung mache den zweiten vor dem ersten Schritt. Anstatt darzustellen, wie der neue Studiengang umgesetzt werden soll, „posaune“ sie unhaltbare Versprechen in die Öffentlichkeit hinaus. Dieses „amateurhafte Agieren“ sei eine Gefahr für das weltweit anerkannte Ni-

veau der Geisenheimer Forschungseinrichtung, von der heute auch der rheinland-pfälzische Weinbau profitiere, so Christine Schneider.

Anstatt Geisenheim kaputt zu reden, sollten die Möglichkeiten der Geisenheimer Schule und Forschungsanstalt noch besser genutzt werden, forderte Alexander Licht. Die CDU Rheinland-Pfalz stelle sich dazu vor, durch spezielle rheinland-pfälzische Module das Geisenheimer Angebot kooperativ zu ergänzen bzw. zu verstärken. Derartige Möglichkeiten seien bisher von der Landesregierung noch gar nicht durchdacht worden.

Für Dorothea Schäfer ist ihre Fraktion zu einer aktiven Mitarbeit an der Kooperation mit den Geisenheimern bereit. Schon in den nächsten Ausschüssen könne man sich darüber austauschen.

Auch die FDP kritisierte offensichtliche Unstimmigkeiten zwischen Weinbau- und Wissenschaftsministerium bei der Errichtung eines Fachhochschulstudienganges Weinbau und Kellerwirtschaft. Ob und in welcher Form die Errichtung des Studienganges Erfolg für die Weinwirtschaft im Lande habe, hänge von einer Vielzahl noch offener Fragen ab, betonte der parlamentarische Geschäftsführer und weinbaupolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Günter Eymael.

Wandkalender 2008 Alle Termine auf einen Blick

Dieser Ausgabe der Landtagsseiten der Staatszeitung liegt der Wandkalender im Format DIN A 2 für das Jahr 2008 bei. Der Wandkalender ist auch im Format DIN A 1 und DIN A 3 erhältlich.

Weitere Wandkalender können bei der Landtagsverwaltung gegen Voreinsendung des Päckchenportos in Höhe von 3,90 Euro in frankatungültigen Briefmarken angefordert werden. (Telefon Frau Classen 0 61 31 / 2 08 22 23). Weitere Exemplare in DIN A 2 können ebenfalls angefordert werden.

Übersichtlich und farbig unterlegt sind die Plenarwochen im Wandkalender gekennzeichnet, die Ausschusssitzungen anhand einer Legende erkennbar. Die Termine des Bundesrates sind rot, die Tagungswochen des Deutschen Bundestages blau unterstrichen.

Workshop zum Vorlesetag

Zum bundesweiten Vorlesetag am 23. November 2007 hat der Abgeordnete Manfred Geis, der auch Vorsitzender des Bibliotheksverbandes Rheinland-Pfalz ist, wieder Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtags gebeten, bei einer Vorleseaktion im Abgeordnetenhaus mitzuwirken.

Für diese Vorleser und alle, die sich auf Aktivitäten an anderen Orten vorbereiten wollen, bietet er zusammen mit Sarah Rickers, Referentin für Leseförderung bei der „Stiftung Lesen“, einen Workshop an, bei dem Wissenswerte rund um die Gestaltung von Vorlesestunden besprochen und geeignete Bücher vorgestellt werden, die Kindern im Vorschul- und Grundschulalter vorgelesen werden können.

Der Workshop findet am Dienstag, 30. 10. 2007, 14 Uhr, im Zimmer 12 des Landtagsgebäudes statt.

Anmeldungen, auch für die Mitwirkung am Vorlesetag am 23. November, bitte an: manfred.geis@spd.landtag.rlp.de.

Familienzuschlag: 50 Euro mehr ab drittem Kind

Im Zusammenhang mit den Beratungen des Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages

erklärte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Hartloff, dass die ursprünglich für den 1. Januar 2008 geplante Erhöhung des Familienzuschlags für das dritte und alle weiteren Kinder bereits ab dem 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt werde.

SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung seien überein gekommen, dass die Erhöhung um 50 EUR aus familienpolitischen Gründen sofort umgesetzt werden solle. Die Mehrkosten bezifferte Hartloff mit 3 Millionen EUR für 2007. „Damit erfahren die betroffenen rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten eine Gleichbehandlung mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund und zahlreichen anderen Bundesländern“, so Hartloff.

Darüber hinaus könne die SPD-Landtagsfraktion sich vorstellen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Jahrgänge 1946 und 1947 sicher zu stellen. Diese seien von der Abschaffung der Zulage zu kurzfristig betroffen gewesen. Die entsprechenden Überlegungen der FDP-Landtagsfraktion bezeichneten Hartloff und der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Frank Puchtler, als „gut nachvollziehbar.“



Den 50. Todestag des Schriftstellers Alfred Döblin nahm der Landtag Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, zu Anlass zu einem literarischen Abend einzuladen. Für die Lesung konnte Günter Lamprecht (rechts) gewonnen werden, der in der legendären Fassbinder-Verfilmung von „Berlin-Alexanderplatz“ den Franz Biberkopf spielte. Döblins Bild wurde nachgezeichnet mit Zeugnissen aus seinem Werk und Kommentaren von P.E.N.-Generalsekretär Wilfried F. Schoeller (links), der eine große Döblin-Biographie vorbereitet. Die Begrüßung zum Abend erfolgte durch Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm und die Präsidentin der Akademie, Elke Lütjen Drecoll. In Mainz verbindet man mit Alfred Döblin auch die Gründung der Akademie der Wissenschaften und der Literatur; hier wohnte der Schriftsteller von 1949 bis 1953, bevor er resigniert nach Frankreich zurückkehrte.
Foto: Klaus Benz

Steigenden Kosten ausgeliefert SPD: Mehr Wettbewerb am Strommarkt nötig

„Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger können die jüngsten Ankündigungen der Stromkonzerne zur erneuten Erhöhung der Energiekosten überhaupt nicht mehr nachvollziehen und sind den steigenden Kosten hilflos ausgeliefert.“

Während auf der einen Seite die großen Stromkonzerne satte Gewinne einfahren und einzelne Managergehälter längst die Grenzen zur Maßlosigkeit überschritten haben, sind auf der anderen Seite viele Verbraucherinnen und Verbraucher nur noch mit Mühe in der Lage, derart dreiste und überhöhte Preiserhöhungen zu verkraften“, äußerte sich Margit Mohr, energie- und wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Vor dem Hintergrund des mehr oder weniger ausgeprägten Desinteresses der großen Stromkonzerne gegenüber dieser massiven Kritik, müssen die Themen Kontrolle und Wettbewerb viel deutlicher hervorgehoben werden, meint die SPD-Abgeordnete. „Ich finde es gut, dass das Bundeskartellamt die Preisentwicklung in den kommenden Wochen genau beobachten wird,

da hier Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung vorliegen könnte. Auch eine mögliche Änderung des Kartellrechts ist zu begrüßen, so dass in Zukunft die Energiekonzerne dem Kartellamt beweisen müssen, dass ihre Preisbildung nicht missbräuchlich ist“, so Mohr.

Mohr: „Neben der staatlichen Kontrolle muss aber auch über mehr Wettbewerb eine stärkere Gerechtigkeit und Transparenz bei der Preisentwicklung erzeugt werden. Hier ist zu allererst der Bund gefordert. Aber auch auf anderen Ebenen muss darüber nachgedacht werden wie man eine breitere Vielfalt im Energiesektor erreichen kann. So könnte man überlegen, wie und in welcher Form beispielsweise kommunale Stadtwerke als echte Wettbewerber auf dem Markt auftreten könnten. Bisher dürfen sie außerhalb ihres Stammbereichs keine Kunden werben. Eine Öffnung des Marktes für die Stadtwerke könnte zu deutlichen Preissenkungen und mehr Preistransparenz führen. Daneben gilt es bei den großen Energiekonzernen stärker auf eine strikte Trennung von Stromerzeugung und Stromvertrieb zu achten. Gerade bei der Stromerzeugung könnte durch mehr dezentrale und kleine Anlagen die marktbeherrschende Stellung der großen Konzerne reduziert werden.“

Frankfurter Buchmesse besucht Wissenschaftsausschuss im Gespräch mit literarischen Institutionen



Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur besuchte unter der Leitung des Vorsitzenden Manfred Geis (Bildmitte) die Frankfurter Buchmesse und legte in diesem Jahr den Schwerpunkt des Programms auf die Begegnung mit literarischen Institutionen.

Erste Station war die in Mainz gegründete und nach wie vor als bundesweit tätige Institution in Mainz ansässige „Stiftung Lesen“. Der Geschäftsführer Heinrich Kreibich (3.v.l.) informierte die Ausschussmitglieder über Projekte, an denen auch die Landesregierung mit finanziellen Förderungen beteiligt ist (u.a. „Lesescouts“, „Vorlesepaten“, „Leselust in RLP“). Anschließend berichtete der Börsenverein des Deutschen Buchhandels über seine Leseförderungsaktivitäten.

Am Stand des Verlages Schwabe & Co wurden die Ausschussmitglieder von Vertretern der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz begrüßt. Der Verlag verlegt unter anderem zwei von der Akademie erarbeitete große Editionen: das Augustinus-Lexikon und das Historische Wörterbuch der Philosophie. In beiden Projekten spiegelt sich exemplarisch die Bedeutung der Mainzer Akademie für die Geisteswissenschaft.

Der Geschäftsführer des Künstlerhauses Edenkoben empfing die Ausschussmitglieder am Stand des Heidelberger Verlags Das Wunderhorn. Das Künstlerhaus ediert bibliophile Bände von international renommierten Autorinnen und Autoren, die schon in Edenkoben zu Gast waren. Darüber hinaus veröffentlicht es Anthologien aus seinen jährlichen Workshops „Poesie der Nachbarn“, mit deren Konzeption eines jährlichen Symposiums von Autoren europäischer Literaturen mit deutschen Dichterinnen und Dichtern, die kongeniale Nachdichtungen anfertigen, das Künstlerhaus weit über Deutschland hinaus Aufsehen erregt hat.

Zum Abschluss des Besuches der Buchmesse informierten sich die Ausschussmitglieder über das Projekt „Treffen junger Autoren“. Bei dem seit 20 Jahren bei den von den Berliner Festspielen betreuten „Treffen junger Autoren“ werden in bundesweiten Wettbewerben SchülerInnen und Schüler ausgesucht und in Schreibwerkstätten von professionellen Jugendbuchautoren betreut. Rheinland-Pfalz fördert diese Jungautoren seit vielen Jahren in eigenen Schreibwerkstätten weiter.

Foto: Andrea Steimbrenner

Alle Wege führen nach Trier ...

Auf die Spuren der Römer führt ein neuer Wander-, Radwander- und Ausflugsführer „Straße(n) der Römer“ des in Mainz lebenden ehemaligen Sportprofessors Heinz-Egon Rösch.

Neun Auto-, 16 Radtouren und 18 Wanderungen mit Längen zwischen drei und 220 Kilometer quer durch das Sar-Lor-Lux Gebiet werden vorgestellt, darunter viele an der Mosel, in der Eifel und im Hunsrück. Dazu gibt es überaus viele nützliche Informationen: 30 Karten, Zeichnungen, Skizzen und 108 Farbfotos.

Die Routen führen zu Gräberfeldern, zu Resten von Thermen und Villen, zu Tempelanlagen sowie zu vielen weiteren Relikten aus der Römerzeit. Der Autor will mit seinem Werk die Fülle der römischen Sehenswürdigkeiten und das touristische Angebot rund um dieses ganz besondere touristische Erbe transparent machen.

Heinz-Egon Rösch: Straße(n) der Römer. Leinpfad Verlag, Ingelheim, April 2007. 136 Seiten, 108 Farbfotos, 12,90 Euro. ISBN 978-3-937782-50-8.



Zu einem Meinungsaustausch zum Thema „Ausstieg aus der Prostitution“ traf sich der Arbeitskreis Gleichstellung und Frauenförderung der CDU-Landtagsfraktion unter der Leitung der frauenpolitischen Sprecherin Jeannette Wopperer mit Staatssekretär Dr. Stefan F. Winter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Prostituierte und von Gewalt betroffene Frauen, die ihre berufliche Situation verändern, verbessern oder etwas Neues lernen wollen, erhalten in Nordrhein-Westfalen Begleitung und Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt durch das Netzwerk ProFridA. Dabei werden auf die Kompetenzen und Bedürfnisse der Frauen abgestimmte Maßnahmen entwickelt und angeboten. Dies könnte auch ein Beispiel von Rheinland-Pfalz sein. Unser Foto zeigt von links nach rechts: Anke Beilstein MdL, Friderike Konrad-Kalinski (Sozialministerium NRW), Jeannette Wopperer MdL, Staatssekretär Dr. Stefan F. Winter, Brigitte Hayn MdL, Barbara Molitor (Referatsleiterin Sozialministerium NRW).